

Factsheet

Basel, 5. Februar 2018 MD

Stellungnahmen der Handelskammer beider Basel

Betrifft: Diverse Traktanden der Landratssitzung vom 8. Februar 2018

Wir bitten Sie, geschätzte Landrätinnen und Landräte, unsere folgenden Stellungnahmen zur Kenntnis zu nehmen.

Traktandum 6: 2017/273; Änderung des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002 (SGS 640) zur Umsetzung der Motion 2016-017 «Verfassungskonforme Entscheidungen – Abschaffung Bildungsrat» (2. Lesung)

Mit der obgenannten Landratsvorlage wird seitens des Regierungsrates die Abschaffung des Bildungsrates in einer „Light-Version“ vorgeschlagen. Anstelle einer ersatzlosen Abschaffung des Bildungsrates soll ein beratendes Gremium (Beirat Bildung) konstituiert werden, welches jedoch keinerlei Beschlusskompetenzen mehr besitzt. Die Handelskammer befürchtet, dass nach der Bildung eines Beirates ohne Erlasskompetenzen, dieser in wenigen Jahren ebenfalls abgeschafft wird. So geschehen mit dem Erziehungsrat im Kanton Solothurn. Dieser wurde im 2011 in ein rein beratendes Gremium umgestaltet, um schliesslich nach vier Jahren ersatzlos gestrichen zu werden. Die Handelskammer beider Basel befürchtet zudem, dass durch die Abschaffung des Bildungsrates die Bildung „verpolitisiert“ wird. Das Baselbieter Volk scheint diese Bedenken zu teilen und hat mehrmals an der Urne bestätigt, dass sich die Bildung unserer Jugend nicht zum Spielball parteipolitischer Interessen eignet.

Die Handelskammer beider Basel lehnt den Vorschlag des Regierungsrates, den Bildungsrat abzuschaffen und durch den Beirat Bildung zu ersetzen, ab. Für die Wirtschaft ist ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem ein enorm wichtiger Standortfaktor. Diesem ist Sorge zu tragen. Hingegen ist auch die Handelskammer beider Basel der Meinung, dass man über eine breitere Zusammensetzung des Bildungsrates diskutieren und befinden soll.

➔ Die Handelskammer beider Basel lehnt die Änderung des Bildungsgesetzes ab.

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

Traktandum 7: 2017/353; Nicht formulierte Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt»

Für das Fremdsprachenprojekt Passepartout sind aktuell Evaluationen im Gange. Die Resultate für die Primarstufe werden noch im laufenden Jahr erwartet, jene der Sekundarstufe 2021. Es macht aus bildungspolitischer wie auch aus finanzpolitischer Sicht überhaupt keinen Sinn, vor der Sichtung der Wirkungsberichte dieses 12-Millionen-Projekt „in den Sand“ zu setzen.

- Die Handelskammer beider Basel folgt dem Regierungsrat und lehnt die nichtformulierte Volksinitiative ab.

Traktandum 19: 2017/326; Zusätzliche Berichterstattung zum Postulat von Martin Rüegg Einführung in Staatskunde und Politik an den Schulen der Sekundarstufe II

Die Handelskammer beider Basel unterstützt die Förderung der politischen Bildung in der Schule. Im aktuellen Lehrplan gibt es dafür genügend Raum, doch eine gewisse Verbindlichkeit fehlt: Neben obligatorischem Unterricht gibt es optionale und ausserschulische Gefässe, die nicht zwingend genutzt werden müssen. Obwohl die Wirtschaft politisch interessierte Nachwuchskräfte fördert, soll dies nicht im Lehrplan als eigenes Fach verankert werden – dies auch im Hinblick auf das Fach Informatik, das in den Gymnasien obligatorisch eingeführt werden soll und aufgrund der Aktualität auch in den Firmen prioritär behandelt werden muss.

- Die Handelskammer beider Basel folgt dem Bericht der BKSK und schliesst sich dem Beschluss der Abschreibung des Dossiers an.

Traktandum 27: 2017-373 Postulat von Saskia Schenker Eignerstrategie Verwaltungsrat Flughafen Basel-Mulhouse

Traktandum 28: 2017-364 Motion von Werner Hotz: VR Euro-Airport: Partnerschaftliche Mandatsverteilung gefordert

Verwaltungsrat und Geschäftsleitung des EuroAirport sind auf der Basis des binationalen Staatsvertrags paritätisch aufgebaut. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass ohne „Esprit binational“ Gefahr besteht, dass der EuroAirport mehr und mehr „französisch“ wird. Im Arbeits- und Steuerrecht konnte in aufwendigen Verhandlungen für die Unternehmen im Secteur Suisse EAP eine Lösung gefunden werden. Mit Sicherheit wird es in Zukunft weitere Themen geben, die von der Schweizer Delegation des Verwaltungsrates mit den französischen Kollegen auf Augenhöhe diskutiert werden müssen. Die Reflexion der Zusammensetzung der Schweizer Seite des Verwaltungsrates erachten wir somit als richtig und wichtig. Allerdings hängt die Qualität der Schweizer Delegation nicht von der Sitzverteilung zwischen den Kantonen BL und BS ab. Vielmehr spielt die Diversity und damit verbunden die entsprechenden Qualifikationen der Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte eine Rolle.

- Postulat Schenker soll überwiesen werden.
- Motion Hotz ist abzulehnen.

Traktanden 42: Motion von Philipp Schoch:**Dekret: Ergänzungsformulierung betreffend Anteil erneuerbare Energie ohne Mehrkosten**

Das erwähnte Traktandum orientiert sich an Regelungen in anderen Kantonen. Was einer Harmonisierung der Energiegesetzgebung entgegenkommt, ist prinzipiell zu begrüßen. Dennoch sind kantonale Besonderheiten zu berücksichtigen und allenfalls an dessen Gegebenheiten anzupassen. Vor allem sollen die Auswirkungen und Zielerreichung des bestehenden Gesetzes erst überprüft werden, so wie es Artikel 2 „Ziele und Wirksamkeitskontrolle“ vorsieht. Insofern ist es sinnvoller, die Sachlage vorgängig zu prüfen und anschliessend die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

→ Die Motion soll gemäss Antrag der Regierung als Postulat überwiesen werden.